

Laschet fordert mehr Respekt vor Migranten



NRW-Integrationsminister Armin Laschet (Foto) hat auf einem Treffen der Integrationsminister in Duisburg gefordert, dass die Mitarbeiter von Behörden und Ämter in rechtlichen und sozialen Fragen ihren ausländischen *Kunden* gegenüber gefälligst mehr Respekt zeigen sollen. Von anständigem Benehmen der *Kunden* gegenüber dem zahlenden Gastgeber war natürlich keine Rede.

Bei 15 Millionen Migranten in Deutschland müsse sich jede Verwaltung interkulturell öffnen, sagte er am Montag in Duisburg zur Eröffnung der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten. Nicht immer würden Ausländer von Behörden bei rechtlichen und sozialen Fragen freundlich und respektvoll behandelt, beklagte der bundesweit einzige Integrationsminister.

Das macht uns betroffen und ein Stück weit traurig. Damit die Kunden angemessen bedient werden, fordert Laschet gleichzeitig, mehr Migranten im öffentlichen Dienst einzustellen.

„Wir brauchen mehr Menschen mit Zuwanderungserfahrung in unseren Stadtverwaltungen“, erklärte der CDU-Politiker: „Die Vielfalt unserer Landes muss sich auch dort widerspiegeln. Behördenmitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte können dazu

beitragen, dass Missverständnisse vermieden werden und die Kommunikation verbessert wird.“ Das erleichtere die Integration und erhöhe die Identifikation von Zuwanderern mit dem deutschen Staat.

Wir stellen uns die verbesserte Kommunikation lebhaft vor, wenn der Kurde vielleicht einen Türken bedient oder der Serbe einen Kosovoalbaner.

In bestimmten Bereichen seien Migranten besonders deutlich unterrepräsentiert zum Beispiel bei den Feuerwehren. „Dabei kann es im Notfall von entscheidender Bedeutung sein, dass Retter und Opfer einander per Zuruf verstehen.“

Es wäre einfacher, man würde die Zuwanderer zum Erlernen der deutschen Sprache zwingen, statt zu hoffen, dass Helfer und Opfer zufällig die selbe sprechen.

Laschet wies bei der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten darauf hin, er wisse aus Briefen von Betroffenen, dass im Umgang der Behörden mit Zuwanderern „viele im Argen“ liege. Konflikte gebe es oft um den Aufenthaltsstatus, die Förderung von Spracherwerb oder um die Beantragung von Amtshilfe. In Notsituationen fühlten sich viele der insgesamt vier Millionen Zuwanderer in NRW missverstanden und als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt.

Auch hier wird sicher einiges an Höflichkeiten dadurch begraben, dass der Kunde sie schlichtweg nicht versteht und eine Verständigung nur in der Zeichensprache und mit eine paar Brocken Kauderwelsch möglich ist.

Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung sprüht vor integrativen Ideen über. Sie will die Integration verbessern, indem sie die Zahl der deutschen Lehrer zugunsten von solchen mit Migrationshintergrund senkt:

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer, hat sich im Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt dafür ausgesprochen, mehr Lehrer und Kindergärtnerinnen mit Migrationshintergrund einzustellen. „Die Bevölkerungsstruktur verändert sich schnell“, sagt Böhmer, „und die Gesellschaft muss darauf reagieren.“

Warum nicht gleich so: „Dank unserer inländerdiskriminierenden Politik verändert sich rapide die Bevölkerungsstruktur und die deutschen Kartoffeln müssen sich eben anpassen – und zwar gefälligst mit dem nötigen Respekt!“

(Spürnasen: Florian G., Bernd v. S., Patrick F. und Le Saint Thomas)